

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich: Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grözel, beide Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm 5646 und 5647. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Wochen-Ereignisse

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens, die bis zum 19. November befristet war, ist durch eine neue Verordnung vom 18. November bis zum Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden. Daneben dürfen keine politischen Versammlungen abgehalten werden.

Der neu gewählte Reichstag wird voraussichtlich am 6. Dezember zum ersten Mal zusammentreten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, im Reichstag den Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen vom 11. Juni und 4. und 5. September 1932 zu stellen, außerdem wurde Hilfe für die Erwerbslosen gefordert.

Die kommissarische Regierung in Preußen, die schon die höheren republikanisch gesinnten Beamten kaltstellte, wird nun auch die letzten noch verbliebenen Republikaner aus ihren Ämtern entfernen. Darunter ist auch der Oberpräsident von Hannover, Gustav Noske.

Der Rücktritt der Regierung von Papen löste am Aktienmarkt ein Steigen der Kurse an der Börse aus.

Nach den Juliwahlen wurden im Landgerichtsbezirk Görlitz in 19 Ortschaften 33 politische Terrorakte verübt. Die Mehrzahl der Fälle ist aufgeklärt. Die Täter gehören ausschließlich der SA der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an. In Untersuchungshaft befinden sich noch 20 SA-Leute. Flüchtling sind 4 Personen.

In Wuppertal meuterten Hitlers SA-Leute, weil die örtliche Parteiführung dem SA-Oberführer Voller keinen Rechtsbeistand stellen wollte. Die beiden örtlichen SA-Führer wurden mehrere Stunden im Keller des SA-Heims gefangen gehalten.

Gerhart Hauptmann, der große Dichter und Philosoph, wurde anlässlich seines 70. Geburtstages am 15. November von aller Welt geehrt, nur die deutschen Nationalisten benutzten die Gelegenheit, über den Dichter zu sudeln. Aber auch das ist eine Ehre für ihn.

Während der Trauerfeier für die erschossenen Opfer der Genfer Demonstrationen in Genf verbrüderten sich 22 Soldaten der eingesetzten Miliz mit den Arbeitern und sangen die Internationale mit. Sie wurden verhaftet und kommen vor ein Kriegsgericht. Der schweizerische Nationalismus will also mehr Opfer haben, die erschossenen Demonstrationen genügen ihm noch nicht.

In Moskau wird der Staatsapparat rationalisiert. Dadurch werden 25.000 Beamte überflüssig, die zum Teil in andere Behörden kommen und zum anderen umgeschult werden. Aber auch Moskau kommt um eine Rationalisierung nicht herum.

Die Zahl der Toten, die bei dem Wirbelsturm auf Kuba ums Leben kamen, beträgt nicht 2000, wie wir berichteten, sondern 2700. Der angerichtete Sachschaden wird auf 20 Millionen Reichsmark geschätzt.

Bei einem Grubenunglück in England (Lancaster) kamen 24 Bergleute ums Leben, 6 wurden verletzt, 4 werden vermißt.

In der Mandschurei ist der Krieg zwischen Japanern und Chinesen noch nicht beendet. Die Japaner gingen dazu über, gegen die irregulären chinesischen Truppen eine große Offensive zu entfalten, um die Nordmandschurei endgültig zu befrieden.

Der neu gewählte amerikanische Präsident Franklin Roosevelt vertritt die Ansicht, daß die wünschenswerteste und wichtigste Methode zur Beseitigung des Handelsverkehrs in internationalen Verhandlungen über einen gemeinsamen Abbau der Zollmauern besteht.

Vom August bis September sind die Umsätze der deutschen Waren in Kaufhäuser leicht gestiegen. Aus der Entwicklung der verschiedenen Gruppen des Einzelhandels der letzten Zeit läßt sich schließen, daß die konjunkturelle Abwärtsbewegung der Umsätze langsam zur Stillstand kommt. Besonders niedrig waren die Bekleidungsumsätze. Hier wirkt sich der Kaufkraftschwund besonders aus. Ein auch nur geringes Anwachsen der Massenkaufkraft würde den Tiefstand der Umsätze bald überwinden. Leider sind hier vorläufig Änderungen nicht zu erwarten.

Baronsregierung zurückgetreten

Vier Jahre wollte die Regierung von Papen von Schleicher in Deutschland regieren, 170 Tage hat ihre Regierungsherrlichkeit gedauert. Aber diese kurze Zeit genügte, um ein ganz großes Durcheinander zu schaffen und um 90 Prozent des Volkes gegen sich aufzubringen. Als die Regierung der Barone ihr Amt antrat, ließ sie vom Reichskanzler Papen verkünden, daß sie keine Versprechungen mache, sondern handeln werde und auch ihren Taten solle man sie beurteilen. Von Papen gab auch bekannt, sein Regime sei die „Dokumentierung einer grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung“. Nun das Volk, vor allem das werktätige Volk lernte die grundsätzliche neue Richtung der Staatsführung kennen und beurteilt am 31. Juli und am 6. November die Herrenklubregierung nach ihren Taten. Von Papen und seine Grafen und Barone in der Regierung waren von dieser Beurteilung sicherlich nicht erfreut.

Die Taten der Regierung von Papen waren eine einzige Ungerechtigkeit gegen das Volk, waren Bedrückung der Aermsen und Armen sowie Bevorzugung und Beschenkungen der Reichen. Erst wurde das Volk mit neuen Steuern und Abgaben belastet, den Unterstützungsempfängern und Arbeitslosen 1500 Millionen Unterstützung gekürzt und in gleicher Stunde wurde das Verbot der SA, Hitlers Garde aufgehoben. Die Hitler-Partei wurde von Papen als der aufbauwillige Teil des deutschen Volkes erklärt, „der instinktmäßig und willensmäßig den Lebenswillen Deutschlands verkörpert“. Um Hitlers Gunst zu erreichen, wurde die Aktion gegen die Preußenregierung am 20. Juli unternommen, wurden die republikanischen Beamten in Preußen kaltgestellt, der Rundfunk verscholt und als Folge schließlich der Zwickelerlaß von Bracht herausgegeben. In der Außenpolitik stützte sich von Papen auf das gesamte nationale Deutschland und setzte sich zwischen alle Stühle, er erzielte, daß Deutschland mehr als je isoliert ist. Die Papenregierung stieß mit ihrer Innenpolitik, ihrem Bestreben auf Verfassungsänderung die Länder vor den Kopf, holte sich vor dem Staatsgerichtshof gegen Preußen eine Niederlage, kam mit aller Welt und vielen politischen Parteien in Konflikt, führte nutzlose Zwischenfälle herbei, vollzog unnötig Gewaltakte und schritt von Mißerfolg zu Mißerfolg. Der größte war der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November, der nun zum Rücktritt der Papen-Regierung führte. Damit ist ein Kapitel politischen Abenteueriums abgeschlossen.

Wie die Regierung von Papen den Klassenkampf von oben führte und wie sie gegen die werktätige Bevölkerung vorging, um damit eine Rettungsaktion für den Privatkapitalismus einzuleiten, ist noch nicht vergessen. Um 500 Millionen Reichsmark kürzte die Papen-Regierung die Arbeitslosen-Unterstützung, 500 Millionen holte sie aus neuen Massensteuern (Arbeitslosenabgabe der Arbeitenden, Salzsteuer, Aufhebung der Freigrenze der Umsatzsteuer) heraus und 500 Millionen wurden den Invaliden, Kriegsschädigten, Angestellten, Knappschaffs- und Unfallrentnern abgezogen. Den Besitzenden dagegen wurden 50 Millionen Reichsmark Steuern erlassen. Dann kam mit dem Erlaß der Notverordnung vom 5. September noch ein großer Aderlaß für die arbeitende Bevölkerung. Das Tarifrecht wurde beseitigt, eine Lohnsenkung bis zum Existenzminimum durchgeführt. Die Unternehmer dagegen bekamen 1,2 Milliarden Reichsmark

Steuergeschenke, die Hausbesitzer Unterstützung, die Landwirtschaft Zinsnachlaß und hohe Zölle. Der Staatssäckel wurde noch einmal um 700 Millionen Reichsmark erleichtert. Das arbeitende Volk mußte dagegen den Hungerriemen enger schnallen. So unsozial und reaktionär regierte von Papen gegen das Volk mit dem Glauben an Gott.

Die Herrenklubregierung trat zurück, ihre Tätigkeit fand nur bei kleinsten Volkskreisen Anerkennung. Die Unternehmer und die Großagrarien sowie der Adel sind es, die ihr nachtrauern. Ein Stück Reaktionsgeschichte in Deutschland ist damit beendet. Die Reaktionäre haben eine Schlacht verloren. Aber das Volk hat damit noch keine gewonnen.

Nach den politischen Verhältnissen und nach der Stärke der Parteien in Deutschland kann nach dem Rücktritt der Baronsregierung für das arbeitende Volk in Deutschland keine große Erleichterung kommen; denn die vorhandene bürgerliche Reichstagsmehrheit wird nicht zugunsten der Arbeiter und Arbeitslosen regieren. Darüber muß man sich jetzt schon klar sein. Die Diktaturparteien, Nationalsozialisten und Kommunisten, sind keine Wähler von Volksrechten und nehmen auch nicht die Lebenshaltungsinteressen der werktätigen Schichten in erster Linie

wahr. Dazu lassen ihnen ihre politischen Ziele gar keinen Raum. Und die bürgerlichen Parteien zusammen, die die Mehrheit im Parlament besitzen, werden auch in erster Linie die kapitalistischen Interessen schützen. Zum Wohle der Arbeiterschaft setzen sich nach wie vor nur die Sozialdemokraten ein, die aber selbst mit den Kommunisten keinen wirkungsvollen Oppositionsblock im Parlament bilden, so daß trotz einer anderen Regierung wahrscheinlich wieder gegen die Arbeiter und für die Kapitalisten regiert wird. Wie diese neue Regierung aussehen wird, ist beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht bekannt, es werden noch vom Reichspräsidenten Verhandlungen geführt.

Solange die politischen Kräfte in Deutschland so verteilt sind, haben die Arbeiter nur die Gewerkschaften als Rückhalt. Sie werden weiter ihre Aufgabe, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, zu erfüllen versuchen. Ihre Erfolge hängen aber von der Macht ab, die die Arbeiter selbst zu gestalten haben. Je stärker und mächtvoller die Gewerkschaften gemacht werden, desto eher und erfolgreicher können sie zum Wohle der Arbeiter und Arbeiterinnen wirken. Das darf bei allem politischen Handeln und Hoffen nicht übersehen werden.

Ungebrochen wirkt unsere Werbekraft!

Unsere Werber agitieren. Die gemeldeten Erfolge künden davon. Wir gehen zu den gewerkschaftlich Beiseitstehenden und klären auf. Das Ergebnis ist: Neuanmeldungen, Weiterzahlen der Beiträge, erwachender Mut, steigende Erkenntnis im Gewerkschaftskampf. Ein erfreulicher Zug geht wieder durch unsere Reihen. Lähmende Dumpfheit weicht. Mit jeder neugewonnenen Kämpferin, mit jedem eingereichten Streiter bestärkt uns neuer Glaube, schafft sich unser Wille zu starken gewerkschaftlichen Handeln, kein neue Hoffnung in uns auf. So muß es sein.

Nur nicht nachlassen! Trotz aller Hindernisse weiter agitieren, aufklären.

Mitglieder gewinnen, die Reihen auffüllen und stärken!

Für diesmal tragen wir nach, daß in den letzten drei Monaten von folgenden Zahlstellen Aufnahmen erzielt wurden:

Altötting	51	Rosenheim	31
Augsburg	30	Türkheim	24
Deggendorf	71	Straubing	10
Kempten	34	Zwiesel	31
München	235		

Im Monat Oktober wurden Mitglieder gewonnen von:

Darmstadt	105	Jena	10
Frankfurt a. M.	33	Kassel	20
Hannau	40	Mainz	24
Höhr	30	Worms	13

Kulturaufgaben der Gewerkschaften

In der Nachkriegszeit waren gewisse Ansätze dazu vorhanden, die Arbeiterschaft in das kulturelle Leben der Nation einzubeziehen. Das war gegenüber der Vorkriegszeit ein Fortschritt, den wir zu würdigen wissen. Die Vorkriegszeit schloß den Arbeiter auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens aus. Eine kleine Adelskaste teilte sich mit dem Bürgertum in die Macht in Staat und Wirtschaft. Die Arbeiterschaft war ohne Anteil an der Kultur.

Wenn wir uns dieses Bild der Vergangenheit vor Augen halten, so möchten wir fast glauben, daß es eine Schilderung dessen ist, was seit den letzten Wochen unserer Geschichte wieder anzubrechen scheint. Viele Teile des Bürgertums glauben, in dieser neuen Staatspolitik ihre bürgerliche Kulturauffassung zu retten.

Wie weit ist das aber alles von den Idealen entfernt, die in der Freiheitsbewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts vom Bürgertum verkündet wurden. Seitdem das Großbürgertum seine Herrschaft angetreten hat, ist eine betrübende Wandlung in der Stellung der Intellektuellen zum Volke eingetreten, die im großen und ganzen auch in der Nachkriegszeit noch fortbestand und in der Reaktion unserer geistig gerichteten Kreise geradezu erschreckende Formen angenommen hat. Wo sind die Männer heute, die wie Fichte die Aufgaben einer wahren und umfassenden Volksbildung aufzeigten?

Wir sind arm an solchen Männern und brauchen sie dringender als jemals. Wir

stehen erschrocken vor der Uninteressiertheit unserer gebildeten Kreise.

Die Demokratisierung auf dem Gebiete der Politik und der Sozialpolitik bewirkte eine ganz andere Anteilnahme der Arbeiterschaft an allen öffentlichen Fragen als früher. Was bisher das Vorrecht kleiner Gruppen war, wurde nunmehr zur Aufgabe für alle Glieder unseres Volkes. Es ist der Kulturfortschritt des 20. Jahrhunderts, daß die werktätigen Schichten sich ihre Mitarbeit am öffentlichen Leben und damit auch ihre Anteilnahme an den Kulturgutern erkämpft haben.

Weil unser öffentliches Bildungswesen versagt hat, galt es für uns, ein eigenes Bildungswesen mit neuen Bildungsidealen auszubauen.

Verkennen wir nicht, wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschüttert hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Wanken gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niederreißen Kritik ein, zur Rastlosigkeit und zum Radikalismus. Kulturholschewismus treiben also diejenigen, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen.

In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen

Halt. Ihre Ideen sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da.

Man wirft uns Arbeitern oft vor, wir seien materialistisch. Man stellt oder erkennt nicht, daß wir die Wirtschaft in den Zusammenhang des ganzen Lebens einordnen wollen, daß die Wirtschaft die Aufgabe hat, dem Menschen zu geben, was er braucht. Gerade die Schichten, die aus Materialismus vorwerfen, haben die Wirtschaft zum Selbstzweck gemacht. Wir wollen sie in den Dienst unserer Kulturideen stellen.

Man wirft uns weiter vor, daß wir nicht national seien. Nun, wir wissen sehr wohl, daß alle Kultur auf nationalen Grundlagen erwächst. Uns sind Heimat und Geschichte Werte, deren Bedeutung für unser Volk wir aufs höchste schätzen. Jede einzelne Geschichte unserer Verbände, die von den Vorständen bisher herausgegeben wurde, ist gleichzeitig eine Geschichte der betreffenden Gewerbegebiete, die mit all der Liebe geschrieben ist, die man dem Werden unseres Volkes entgegenbringt.

Keine soziale Schicht kann sich der nationalen Entwicklung entziehen. Auch wir haben es nicht getan, als wir im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland gekämpft haben, als wir 1918 die ganze Last des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und seitdem eine Anbauarbeit leisteten, die in der Geschichte einmal eine ganz andere Bewertung erfahren wird, als es in dieser Zeit der politischen Verwirrung geschieht.

Es ist eine Arbeit gewesen, die sich aber auch an uns gelohnt hat.

Wir haben für unser Volk Opfer gebracht. Wir taten es im Kriege. Dafür legen so manche mannhafte Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir taten es im Kampfe gegen den Separatismus im Westen und in der

Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf.

Wir haben alles unterstützt, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte. Wir wehren uns aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem aristokratisch-kapitalistischen System gleichgestellt wird. Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht imstande, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterschaft zu verwirklichen. Sie schnürt uns das Loben ab, das wir in uns tragen.

Unsere Arbeit ist Dienst am Volke. Sie kennt den soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze. Wir sind Antimilitaristen und bekennen es ganz unzweideutig. Wir wehren uns aber dagegen, als Pazifisten zu gelten, die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten. Wir sind Kämpfer und keine schwächlichen Verständigungspolitiker. Wir sind keine Kompromittanten trotz unserer praktischen Einstellung. Wir sind keine Opportunisten trotz unserer Gegenwartsaufgaben.

Wir führen unseren sozialen Kampf im Interesse der Nation. Wir führen ihn im Sinne der Zusammenarbeit der Völker. Aus diesem Grunde wehren wir uns auch gegen jede nationalistische Verengung. Die jüngsten Kämpfe beim Rundfunk, Film und Theater gegen künstlerische Kräfte aus dem Auslande lehnen wir entschieden ab. Die besten Geister auf allen Kulturgebieten sind nicht an die eine oder andere Nation gebunden.

Die führenden Kräfte unserer Gewerkschaftsbewegung waren national eingestellt, sie sahen darüber hinaus aber auch den weiten weltumspannenden Gedanken der Menschheit. Im Gebiete des Geistigen und Schöpferischen gibt es keine Ausländer, erkennen wir auch keine Rassenbeschränkungen an. Jeder, der unser Leben auf den Gebieten von Kunst und Wissenschaft bereichert, soll auf deutschem Boden eine Heimat haben.

Als Gewerkschaften gehen wir auch über die Parteienbildung hinaus. Wir führen unseren sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien. Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich bisher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen.

Wir kennen Toleranz. Aber wir sind auch unerbittlich, wenn es um letzte Machtentscheidungen geht. Die nationale Idee kann nur verwirklicht werden, wenn der soziale Konflikt in den der Kapitalismus alle fortgeschrittenen Völker stürzt, durch eine neue Gesellschaftsordnung überwunden wird.

Unsere Gegner berufen sich nicht nur auf Heimat und Nation, sondern auch auf das Christentum. Sie fordern eine staatliche Kulturpolitik, die ihnen helfen soll. Sie wollen die politische Situation ausnutzen, um der christlichen-konservativen Sache auf diese Weise zu helfen. Es dient der religiösen Sache keineswegs, wenn die heutige Reaktion sich christlich tarnt. Wir warnen vor einer solchen Entwicklung auf Grund der Erfahrungen der Geschichte.

Wir fordern Freiheit des Bekenntnisses. Wir betonen aber auch, daß unsere kulturpolitischen Forderungen von den stärksten Impulsen der menschlichen Befreiungsbewegung getragen sind, wie sie sich seit Jahrhunderten in der Emanzipation der europäischen Menschheit von kirchlich-klerikalen Bindungen auswirkt. Die Wendung von einer im Jenseits verankerten zu einer die irdische Gegenwart bejahenden Haltung gibt unserer Kulturarbeit den tiefsten Sinn.

Aus dieser Wendung folgt unsere leidenschaftliche Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, folgt unsere Bejahung der Lebensfreude, für die wir die Voraussetzungen schaffen wollen.

Wir Sozialisten entbehren nicht des religiösen Gefühls. Die Religion darf uns jedoch

Hermann Müller-Lichtenberg gestorben

Der einstige stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Hermann Müller, ist am 13. November plötzlich und unerwartet verstorben. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung verlor in kurzen Zeiträumen ihre besten Kämpfer der alten Garde. Nach Kube und Umbreit nun auch Hermann Müller. Obwohl der verstorbene Freund in letzter Zeit zu erkennen gab, daß er sich zur Ruhe setzen wollte, ist der plötzliche Tod überaus bedauerlich. Hermann Müller hat ein Alter von 61 Jahren erreicht. Er war von Beruf Lithograph und in seiner Berufsorganisation jahrzehntlang tätig. Von 1898 bis 1900 war er Redakteur an dem Bochumer Parteiblatt. 1900 folgte er einem Rufe nach Bremen als Arbeiterssekretär, wo er mit Friedrich Ebert zusammenarbeitete. Im Jahre 1905 wurde er in das von der Generalkommission der Gewerkschaften geschaffene Arbeiterssekretariat berufen. 1922 trat er in die Redaktion des Korrespondenzblattes, der heutigen Gewerkschaftszeitung, ein. 1924 wurde Müller vom Bundesvorstand zum stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB gewählt. Hermann Müller war der geborene Sozialpolitiker. Durch mehrere Schriften versuchte er dieses überaus wichtige Gebiet zu verteidigen und den Arbeitern näher zu bringen. Nicht zuletzt in seiner Eigenschaft

als Sozialpolitiker wurde er von den deutschen Gewerkschaften als Vertreter in die internationale Arbeitsorganisation entsandt. Seit 1924 war er ununterbrochen der stimmungsführende deutsche Arbeitervertreter auf der internationalen Arbeitskonferenz. Seitdem war er auch Mitglied des Verwaltungsrats des internationalen Arbeitsamts. Er gehörte einer großen Zahl von Ausschüssen an: So z. B. war er Mitglied des Ausschusses für die Fragen des Arbeitsmarktes, des Ausschusses für die Sprachenfrage, des paritätischen wissenschaftlichen Ausschusses, des Landwirtschafts-Ausschusses, des Ausschusses für gelagerte Arbeiter, der Ausschüsse für Gewerbehygiene und Unfallverhütung u. a. Ferner vertrat er die internationale Arbeitsorganisation im Völkerbunds-ausschuss für Flüchtlingswesen sowie in dem beratenden Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes. Überall hat er seinen Mann gestanden. Sein Rat wird im Rahmen der internationalen Arbeitsorganisation unbezweifelt werden. Die Arbeiter der ganzen Welt werden ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren. Die deutschen Gewerkschaftskollegen gedenken ihres verstorbenen Freundes über das Grab hinaus.

nicht von dem Arbeiterschiedsamt ablenken. Sie muß uns vielmehr die Kräfte stärken, die unserem Befreiungskampfe dienen. Diese Auffassungen entsprechen unserer religiösen Toleranz. In diesem Sinne lassen wir den Kirchen die Möglichkeit ihres Wirkens, ohne ihnen jedoch eine staatliche Vormachtstellung einzuräumen.

Wir wollen allerdings nicht als Wunden heilen. Wir wollen sie nach Möglichkeit verhindern und streben deshalb nach einer Weltgestaltung, die das Menschentum immer stärker zur Geltung bringt. Wir führen unsere Kämpfe, unsere sozialen und nationalen, letztlich im Sinne des Menschheitsgedankens. Wir bekennen uns deshalb zur humanitären Idee als der letzten und tiefsten, die uns bewegt.

Unser Arbeitsrecht ist Menschenrecht. Unser Lohnkampf ist ein Befreiungskampf. Der Kampf um die Rechtsgrundlagen, den wir gegen die letzten Notverordnungen der Reichsregierung führen, geht nicht nur um materielle Interessen.

Wir wollen Lebensfreude und Lebensgenuß für alle. Wir wollen, daß sich die besten Kräfte in unserem Volke zur geistigen und künstlerischen Freude erheben. Wir suchen die Lebensfreude in unserem Wirken, wo es auch immer geschieht. Wir suchen sie nicht zuletzt in der Pflichterfüllung. Das ist das Menschheitsbild, das uns vorwegt, das wir jedoch nicht erreichen, solange die gegenwärtige Ordnung nicht überwunden ist.

Wir stehen in großen Auseinandersetzungen und vor schweren Entscheidungen. Wir wollen positive Arbeit in der Gegenwart. Wir hängen keinen Träumen nach. Aber unser Blick ist weiter gerichtet auf eine neue Ordnung, die in nicht zu ferner Zeit kommen muß. Wir bekennen uns zur revolutionären Idee, weil wir die Erkenntnis haben, die die besondere Lage uns unwiderstehlich aufzwingt, daß unsere letzten Ziele nur in einer neuen Ordnung verwirklicht werden können.

Wir wünschen, daß in den Reihen der geistig gerichteten Kreise diese unsere Haltung Zustimmung findet. Sie sollten auf sich wirken lassen, was Nietzsche in der „Fröhlichen Wissenschaft“ über die revolutionäre Haltung des Deutschen zum Ausdruck gebracht hat: „Wir Deutschen sind Hegelianer, auch wenn es nie einen Hegel gegeben hätte, insofern wir dem Werden, der Entwicklung, instinktiv einen tieferen Sinn und reicherem Wert zusprechen, als dem, was ist.“ Theodor Leipart.

Vom Wesen der NSBO

Auf der außerordentlichen Amtswaltertagung der NSBO in Berlin erklärte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Schumann am 2. September 1932 unter anderem:

„Die nationalsozialistischen Gewerkschaften sind zum Unterschied der heute existierenden freien und gebundenen Gewerkschaften keine politischen oder wirtschaftlichen Kampforganisationen. Unser Ziel, das wir mit den Gewerkschaften erreichen wollen, heißt: politische Eroberung der Betriebe. Wir können unsere geschichtliche Aufgabe nur erreichen, wenn wir vorstehen, die Betriebe und die Betriebsarbeiterschaft für uns zu gewinnen. Denn keiner kann gegen die geschlossenen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft regieren.“

Wir glauben, daß Herr Schumann auf die Erfüllung seiner „geschichtlichen Aufgabe“ noch ziemlich lange warten muß. Denn die Betriebsarbeiterschaft will von den braungelben Unternehmern Söhnen eben nichts wissen.

Wer ist jetzt der Reichste?

Die Wirtschaftskrise räumt unbestreitbar auch unter den Millionären auf. Der amerikanische Nationalökonom John T. Flynn hat kürzlich eine Lebensbeschreibung des alten Rockefeller herausgebracht. Danach ist der riesige Besitz der beiden Rockefeller, des älteren 93jährigen und des jüngeren 58jährigen Vater und Sohn, infolge der amerikanischen Wirtschaftskrise beträchtlich zusammengeschrumpft. Als sich der alte Rockefeller im Jahre 1896 von seinen einstigen Geschäften zurückzog, überstieg sein Vermögen die Summe von 800 Millionen Mark. Er konnte danach diesen Besitz durch geschickte Transaktionen bis zu einem Werte von 4 Milliarden Mark vermehren. Nach den Schätzungen Flyns beträgt heute der Reichtum Rockefellers rund 600 Millionen Reichsmark. Damit dürfte Rockefeller als reichster Mann der Welt ausgeschieden sein. Es wird angenommen, daß Ford an seine Stelle getreten ist. Dennoch hat auch Fords Vermögen unter der Krise sehr gelitten. In England, Indien und Japan gibt es ebenfalls noch reiche Leute. Jedenfalls dürfte es nach der Enthronung Rockefellers eine offene Frage sein, wer der reichste Mann der Welt ist.

Die Veränderungen im deutschen Glasexport 1932

Der Außenhandel in Glaswaren war in den zwölf Monaten des Jahres 1931 bei einem Exportwert von 1892 Millionen RM einen Ausfuhrüberschuß von rund 170,6 Millionen RM ab. In den ersten acht Monaten dieses Jahres betrug der Exportgewinn nur noch 73,7 Millionen RM bei einem Ausfuhrwert von 81,3 Millionen RM. Der Exportüberschuß ist mithin im monatlichen Durchschnitt von 14,2 Millionen RM im Jahre 1931 auf 9,2 Millionen RM gesunken. Der Rückgang des Monatsdurchschnittes ist anscheinlich die Folge der Schrumpfung der Ausfuhr, die noch stärker den Exportüberschuß dezimiert hätte, wenn nicht auch die Einfuhr — anteilmäßig übrigens sehr erheblich — gesunken wäre.

Welches sind die Ursachen dieser ungünstigen Entwicklung? Diese Frage zu beantworten, bedarf es erst der Feststellung, welcher Struktur diese Rückgänge sind. Ist der Gesamtwert des Exports hauptsächlich so stark gesunken, weil starke Preisablässe das veranlassen, während der mengenmäßige Umsatz sich einigermaßen hielt? Oder ist das umgekehrt der Fall: gegenüber 1931 zu stark unveränderte Preise und Werte, aber starke mengenmäßige Entwicklung der Ausfuhr von 1932 ist zweifellos das letztere festzustellen. Die mengenmäßige Ausfuhrveränderung gegenüber 1931 bei ziemlich unveränderten Werten und Preisen. Es ist die unangenehmere Art des Ausfuhrschwundes, nämlich diejenige, die Arbeitsplatzplätze gekostet hat. Im Gegensatz dazu sind die Ausfuhrveränderung des Jahres 1931 gegenüber 1931. Des Ausfuhr-

volumen war in beiden Jahren ungefähr gleich, der Gesamtwert der Ausfuhr war 1931 bedeutend niedriger als 1930 als Folge der Preis- und Wertablässe. Die Zahl der in der Glasindustrie für die Ausfuhr beschäftigten Arbeiter blieb in beiden Jahren ungefähr die gleiche trotz des Wertrückganges des Gesamtexportes. Und nun die Ursachen! Daß die Preise für die exportierten Glaswaren nicht weiter sanken, hat zweifelslos in der Erhaltung der Rohstoffpreise seinen Grund: denn, da die Rohstoffpreise kaum mehr zurückgingen, war es den Herstellern Glasfertigwaren auch nicht mehr möglich, die sich abnehmenden Preisen zu exportieren. Diese Preisstabilisierung dürfte bei vielen Absatzgebieten zu früh gekommen sein, da die Kaufkraft der Massen einer solchen Preisbewegung noch nicht wieder Folge leisten kann, da die Kaufkraft gesunkene Kaufkraft ist trotz der enormen Verbilligung aller Glaswaren gegenüber beispielsweise 1929, das deutsche Glas noch zu teuer. Dann spielen die für die Landwirtschaft geschaffenen Schutzmaßnahmen eine Rolle, durch die das für die Glasindustrie wichtige Anilind zum Teil verargert worden ist und sich anderen Herstellungsländern zuwandte. Der Einfluß der im Export 1931 noch kaum spürbar war, der 1932 bisher aber eine erhebliche Rolle spielt und in der nächsten Zukunft wahrscheinlich noch stärker in Erscheinung treten dürfte als in den bisherigen Monaten. Die Pfundabwertung (Großbritannien ist heraus der stärkste Bezugsnehmer deutscher Glaswaren), die im Jahre 1931 zweifellos eine Belebung des mengenmäßigen deutschen Absatzes nach sich zog, ist ein weiterer Faktor, denn sie hat sich für die Eng-

länder immer mehr als ein negatives Geschäft herausgestellt, welches veranlaßte, daß der englische Importeur nicht mehr im früheren Rahmen aus Deutschland beziehen konnte. Auch die im Zusammenhang mit der Abwertung des Pfundes vorgenommenen Wertveringerungen der nordischen Kronen, des japanischen Yen und verschiedener anderer Zahlungsmittel hat eine verringerte Aufnahmefähigkeit für deutsche Glaswaren nach sich gezogen. Es kommen ferner hinzu noch verschiedene Einzelercheinungen wie z. B. die Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden.

Die überaus starke Reduzierung des Glasexportes vom Januar bis August 1932 könnte Veranlassung geben, anzunehmen, daß saisonmäßige Schwankungen das Bild so besonders verschlechtert haben. Es ist bekannt, daß für manche Industrien diese saisonmäßigen Schwankungen eine sehr erhebliche Rolle spielen, wie z. B. für die Spielwaren-Industrie, deren Hauptgeschäft zu Weihnachten zur Folge hat, daß ihr Export in der zweiten Jahreshälfte wesentlich größer ist als in der ersten. Beim Glaswaren-Export, der zum allergrößten Teil aus ausgesprochenen Bedarfsartikeln besteht, spielen derartige Saisonschwankungen so gut wie keine Rolle und es ist daher kaum damit zu rechnen, daß bis Ende 1932 noch ein Ausgleich für die Verluste geschaffen werden kann, die in den bisherigen Monaten entstanden sind. Wir werden im Jahre 1932 nur etwa zwei Drittel des Bestandes des Jahres 1931 exportiert haben.

Die Tatsache, daß es in den bisherigen Monaten des Jahres 1932 fast ausschließlich mengenmäßige Veränderungen sind die den Gesamtwert des deutschen Glasexports so zum Sinken brachten, ergibt die Frage, in welchen Absatzgebieten die Hauptverluste zu suchen sind. Darüber sollen

eine Tabelle und das Schaubild unterrichten. Und zwar beide aufgestellt für die Mengen, weil beim Glasexport des Jahres 1932 die Werte für die Veränderungen nur noch eine untergeordnete Bedeutung haben. (Schluß folgt.)

Radeberg

In Radeberg wird die Tafelglasfabrik wieder in Betrieb genommen. Das deutsche Tafelglasyndikat teilte dem sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium mit, daß es die erforderlichen Erneuerungsarbeiten an den Betriebsanlagen der Radeberger Maschinenfabrik, die schon lango stillliegt, unverzüglich in Angriff nehmen und im Anschluß daran mit der Fabrikation beginnen werde. Die sächsische Regierung und der Stadtrat von Radeberg mußten teilweise veranlaßt von anderer Seite, freilich erst einen gelinden Druck auf das Tafelglasyndikat ausüben, ehe es den Schritt zur Wiederaufnahme der Fabrikation in Radeberg einleitete und den sächsischen Regierungsbehörden Mitteilung machte.

Ungarn

Unter Mitwirkung der drei führenden Glasfabriken Ungarns, der Salgo Tarjaner Flaschenfabrik, der Tokoder Glasfabrik und der Ajkarder Glasfabrik, wurde ein Kartell der ungarischen Glasindustrie gebildet, das am 1. Januar 1933 die Tätigkeit aufnehmen wird. In allen glasherstellenden Ländern Europas einigen sich die Weißhohlglasindustriellen über Produktion und Profite, in Deutschland wird Ziel und planlos weiter gewirtschaftet zum Schaden der Industrie, der Arbeiterschaft und der Volkswirtschaft. Hoffentlich kommt auch hier bald das große Erwachen, sonst dürfte es bald entgültig mit der führenden Weißhohlglasindustrie Deutschlands in der Welt über sein.

Verkaufsabkommen für Tafelglas

Zwischen der Verkaufsgemeinschaft tschechoslowakischer Tafelglasfabriken und der deutschen Tafelglasindustrie bestanden schon längere Zeit Vereinbarungen über den Verkauf der Erzeugnisse der tschechischen Tafelglasfabriken auf der deutschen Märkte. Die bisherige provisorischen Vereinbarungen sind nunmehr durch ein endgültiges Abkommen ersetzt worden. Auf Grund des Abkommens ist für die tschechoslowakische Glasindustrie ein Kontingent festgesetzt worden. Die Verkaufsgemeinschaft böhmischer Tafelglasfabriken hat mit Wirkung ab 1. November 1932 der deutschen Verkaufsorganisation den Vertrieb ihrer Erzeugnisse in Deutschland übertragen.

Belgien

Der Auftragsingang in der belgischen Maschinenglasindustrie hat in den letzten Wochen einen großen Umfang angenommen. Nicht nur geht die Erzeugung vollständig in den Verbrauch über, sondern auch die Vorräte beginnen knapp zu werden. Die Inbetriebnahme neuer Glashütten ist bis zum 15. November hinausgeschoben worden, da man abwarten will, welchen Einfluß die deutschen Reichstagswahlen und die amerikanische Präsidentschaftswahl auf die Wirtschaftslage haben werden.

Biegsames Glas

Nach Mitteilungen in der „Umschau“ soll durch ein besonderes Wärmeverfahren ein Glas erfunden worden sein, das nicht nur unzerbrechlich, sondern auch biegsam ist.

Eine Scheibe von etwa 6 mm Stärke soll die Belastung von drei erwachsenen Personen aushalten, ohne dabei durchzubrechen. Die drei erwachsenen Personen können auf einer solchen Scheibe sich wippen. Dabei biegt sich die Platte wie elastischer Stahl. Das neue Glas, das „Sekurit“ heißt, soll auch gegen Stoß und Schlag unempfindlich sein. Eine schwere Stahlkugel, die aus 3 m Höhe auf eine solche Scheibe herabfällt, pralle ab, ohne irgendeine Spur von Beschädigung zu hinterlassen. Gelingt es schließlich doch, eine solche Scheibe zu zerbrechen, so zerfällt sie nicht wie gewöhnliches Glas in scharfe Splitter, sondern in zahllose winzige Krümel, an denen man sich nicht verletzen kann.

„Sekurit“ soll vor allem Verwendung bei Fahrzeugen finden; die gefährlichen Schnittwunden bei Unfällen sollen damit verhindert werden. Das Glas soll auch bei jahrelanger Benutzung unverändert farblos und durchsichtig sein. Wir werden versuchen, noch Näheres über dieses Glas „Sekurit“ in Erfahrung zu bringen.



RGO.-Streik in Selb zusammengebrochen

Die kommunistische RGO im trauten Verein mit den Nazis entfachte am Freitag, dem 28. Oktober, bei der Firma Krauthelm & Adelberg einen wilden Streik. Der Streik wurde zum Zwecke kommunistischer und nazistischer Wahlpropaganda unter folgenden Vorwänden vom Zaun gebrochen: Die Firma vermehrte die Belegschaft um 15 Prozent und schlug einen Lohnabzug für die 31. bis 40. Stunde von 27 bzw. 30 Prozent an. Dies ließen sich die RGO. und Nazis ruhig gefallen. Die freien Gewerkschaften versuchten wiederholt zu verhandeln, jedoch waren die Verhandlungen infolge der Zerrissenheit der Belegschaft ohne Erfolg.

Die Neueinstellungen überstiegen 25 Prozent, und die Firma gab durch Anschlag bekannt, die Löhne laut Notverordnung für die 31. bis 40. Stunde um 45 bzw. 50 Prozent zu kürzen. Die freigewerkschaftlichen Organisierten machten gegen diesen Anschlag abermals Front und erreichten durch Verhandlungen, daß die Werksleitung diese 45- bzw. 50prozentige Kürzung nicht durchführte. Die Berliner und Nürnberger RGO.-Leitung mußte aber unter allen Umständen einen Streik machen, denn die Reichstagswahl stand vor der Tür. Den Verzweifelten und Unorganisierten wurde eingetrichtert, daß die Arbeiterschaft ihre Lage nur allein durch einen Streik verbessern kann. Auch wurden ihnen reichliche Geldunterstützungen und kräftiges Essen versprochen und so kam es, daß die Belegschaft auf die leeren Versprechungen hereinfiel und die Arbeit niederlegte. Schon in der ersten Woche mußten die Streikenden erfahren, daß ohne Pulver und gewissenhafte Vorbereitungen kein Streik geführt werden kann.

Die Streikenden mußten auf Kommando der RGO.-Führer bei den Klassengegnern um Geld und Lebensmittel betteln. Die Mittel gingen aber sehr spärlich ein, so daß nur dünne Suppen an die Streikenden abgegeben werden konnten, von Geldunterstützungen war wenig zu spüren. Die geschulten freigewerkschaftlichen Organisierten lehnten es ab, Bettelsuppen anzunehmen, denn sie hatten es nicht nötig,

von Klassengegnern Almosen zu empfangen. Die RGO. hat in ihrem „Grenzboten“ geschrieben, die Firma Krauthelm & Adelberg hätte um Verhandlungen gebeten. Dabei hat es die Firma strikte abgelehnt, mit der RGO. zu verhandeln. Herr Krauthelm hat nur mit dem Vertreter der freien Gewerkschaft, dem Betriebsrat und drei Streikenden verhandelt. Wahr ist, daß die RGO. um Verhandlungen bei der Firma gebettelt hat, als Herr Krauthelm entgegnete, daß sie in ihrem „Roten Grenzboten“ das Gegenteil behaupten, verlangten sie ihre eigene Schreibweise. Sie hatten gar nicht mehr den Mut, Streikende zur weiteren Verhandlung zur Firma zu schicken. Während die Kommunisten und Nazis in der „Zentralhalle“ große Sprüche klopfen, schreiben die großen Schreiber an Herrn Krauthelm und denunzierten sich gegenseitig, ja sie gaben sogar der Firma preis, wer die angeblich Schuldigen sind. Ihre vollständige Unfähigkeit, Streiks zu führen, haben sie dadurch bewiesen, daß die RGO.-Streikleitung die Firma gebeten hat, im Betrieb eine Versammlung der Streikenden abhalten zu dürfen, und dort sollten die ihrem Schicksal Überlassenen den Streik abbrechen. In dieser Versammlung brachten die Irreführten ihre Entrüstung über das triviale Spiel der RGO.-Leitung, die jetzt kein Interesse mehr an dem Streik zeigte, denn die Wahl war vorüber, zum Ausdruck. Die sich selbst überlassenen Streikenden liefen wie die Schafe in den Betrieb und das Ergebnis ist, daß eine Anzahl Personen auf der Strecke blieb.

Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen von Selb! Lernet aus diesen Vorgängen und schließt euch im Keramischen Bund, Abteilung des Fabrikarbeiter-Verbandes, zusammen!

Kampf bei Selmann, Weiden

Die Firma Christian Selmann, Porzellanfabrik in Weiden, hat durch Aushang bekanntgemacht, daß sie von der Papen-Notverordnung betr. Mehreinstellung und Abzug vom Lohn für die 31.-40. Stunde Gebrauch

machen will. Die Firma hatte am 15. August 334 Arbeitnehmer im Betrieb und hat diese um 67, also um 20 Prozent vermehrt. Daraufhin wollte sie die Löhne der Akkordarbeiter um 36 Prozent, und die der Zeitlohnarbeiter um 40 Prozent von der 31.-40. Stunde kürzen. Die Belegschaft hat zu dieser Kürzung Stellung genommen, sich einmütig dagegen ausgesprochen und das Arbeitsverhältnis angekündigt. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weil die Firma strikte auf ihren Standpunkt des Abzuges beharrte. Dabei hat die Firma Selmann im vergangenen Jahr mit als erste einen scharfen Abbau der über tariflichen Akkordverdienste und der über tariflichen Löhne der Zeitlohnarbeiter vorgenommen. Die Arbeiterschaft hat den Lohnabbau der Firma Selmann direkt als eine Kriegserklärung gegen die Tarifrechte und die menschliche Arbeitskraft aufgefaßt. Die gewerkschaftliche Organisation hat alles aufgegeben, um die Firma zur Zurücknahme ihres Anschlages zu bewegen. Das ist nicht geschehen und am Dienstag, dem 15. November, hat die Belegschaft geschlossen den Betrieb verlassen.

Nach Eingreifen des Bürgermeisters von Weiden kam es am 17. November zu Verhandlungen, und bei diesen Verhandlungen hat die Firma ihr Notverordnungs-Dokrot zurückgenommen und damit der Wiederaufnahme der Arbeit im Betrieb die Bahn freigemacht. Die Arbeit ist von allen Beteiligten geschlossen wieder aufgenommen worden. Soweit die Möglichkeit besteht, soll im Betrieb über Lohnerleichterungen für die Firma noch verhandelt werden.

Damit ist wieder ein schwerer Konflikt, den die Firma heraufbeschworen hat, glimpflich für sie beigelegt worden.

Demagogie

Zu den Entlassungen in der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin nimmt auch der „Völkische Beobachter“ in einer Notiz Stellung und schreibt darin: „... weil es eben zur Zeit der Papen-Krise ebensowenig übriges Geld für die beste Kunst gibt, wie zur Hochblüte der schwarz-roten Regierungen ...“ halte das Finanzministerium die Zuschüsse von 80 000

Reichsmark für die Kunstanstalt gespart.“ In der Nachricht wird also gesagt, daß die schwarz-rote Regierung kein Geld für die Staatliche Porzellanmanufaktur in Berlin übrig hatte und daß doch 80 000 RM Zuschuß von der gleichen Regierung gegeben worden, die jetzt unter dem Papen-Regime gespart wurden. Wer so widerspruchsvoll schreibt, muß seine Leser wahrlich sehr dumm halten.

Mindestpreise für Hotelgeschirr

Der Porzellan- und Keramik-Verband hat nunmehr beschlossen, auch Mindestpreise für Hotelgeschirr festzusetzen. Ab 1. Oktober ist bekanntlich die Mindestpreis-Bindung für Kaffeeschirre, Tafelgeschirre und für Festongeschirre in Kraft getreten, während einer Kommission der Auftrag erteilt wurde, die Einzelheiten für die Festsetzung der Mindestpreise für Hotelgeschirre anzuarbeiten; die Vorschläge dieser Kommission sind von der letzten Mitgliederversammlung angenommen worden. Nach dem Verbandsbeschluss sollen die Mindestpreise von den Fabriken ein bis zwei Tage nach Eintreffen der neuen Verbandslisten in Kraft gesetzt werden.

Selb

Der Aufsichtsrat der Porzellanfabrik Lorenz Hutschneiderei A.-G., Selb, beschäftigte sich mit dem Abschluß für das Geschäftsjahr 1931/32. Die Bilanz vom 30. Juni 1932 schließt unter Verrechnung von 91 393 Reichsmark Gewinnvortrag aus dem Vorjahre mit einem Verlust von 93 177 RM ab, nach dem ein aus der Einziehung von 1 200 000 RM eigenen Stammaktien (darunter 1 000 200 RM Vorratsaktien) entstehender Buchgewinn von 293 057 RM zur teilweisen Deckung des Verlustes verwendet worden ist. Der verbleibende Verlust wird aus dem gesetzlichen Reservefonds abzudecken sein, der alsdann noch mehr als 10 Prozent des Grundkapitals betragen wird. Das ungünstige Ergebnis des Geschäftsjahres 1931/32 ist auf den starken Umsatzrückgang der von der Firma hergestellten Qualitätsporzellane, die Erschwerung des Exports und die rückläufige Preisbewegung zurückzuführen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der feinkeramischen Industrie

In den letzten Monaten ist eine merkliche Besserung des Beschäftigungsstandes in der feinkeramischen Industrie zu verzeichnen. Die von unserem Verband für die Gruppe Feinkeramik geführte Statistik über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gibt darüber zahlenmäßig genauen Aufschluß. Für die Steingutindustrie wird eine besondere Statistik geführt. In der übrigen für die feinkeramische Industrie geführten Statistik ist Steingut wieder mit enthalten, weil in der Reichstatistik Porzellan und Steingut nicht zu trennen ist. Die für Oktober 1932 festgestellten Zahlen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weisen im Oktober erfreulicherweise den günstigsten Stand sowohl in der Steingutindustrie als auch in der Porzellan- und Steingutindustrie auf. Nachfolgend lassen wir eine Übersicht über die Durchschnittszahlen der früheren Jahre und über den Stand vom Jahre 1932 folgen.

	arbeitslos	kurz gearbeitet
1932 Januar	40,1 %	33,9 %
1932 Februar	39,7 %	30,5 %
1932 März	41,5 %	28,8 %
1932 April	41,3 %	31,8 %
1932 Mai	43,0 %	34,5 %
1932 Juni	44,4 %	36,1 %
1932 Juli	46,6 %	37,2 %
1932 August	47,3 %	38,0 %
1932 September	45,0 %	36,1 %
1932 Oktober	39,2 %	28,0 %

Nur Steingut.		
1928 Jahresdurchschnitt	7,7 %	13,8 %
1929	9,4 %	16,7 %
1930	20,0 %	28,7 %
1931	35,6 %	30,0 %

Porzellan und Steingut.		
1926 Jahresdurchschnitt	13,2 %	22,8 %
1927	5,1 %	5,3 %
1928	6,8 %	6,4 %
1929	11,4 %	12,6 %
1930	13,9 %	24,8 %
1931	32,1 %	31,4 %

Frauenarbeit in der Ziegelindustrie

Die Frauenarbeit in der Ziegelindustrie hat Nachteile auf den Gesundheitszustand der Arbeiterinnen zur Folge. Bei dem unumenschlichen Arbeitstempo und der Schwere der Arbeit ist das auch kein Wunder. Wenn die Arbeiterinnen in aller Offenheit aussprechen würden, daß sie sich in der Ziegelei total ruinieren, schwere organische, vielfach zeitweils mit sich tragende Schädigungen erlitten haben, so würde sich wohl manche Frau überlegen, ob es nicht ratsamer wäre, auf die Frauenarbeit in der Ziegelei zu verzichten. Die Tätigkeit in der Ziegelei ist eine Arbeit, der die Frau nicht gewachsen ist. Die veränderte Bauweise hat eine andere Sortierung in der Herstellung gebracht. Der Normalstein mußte dem Hohlstein in drei- bis vierfacher Größe und Schwere weichen. Aber der Unternehmer will trotz der Schwere und Größe auch noch soviel produzieren und versucht das durch eine rücksichtslose Antreiberi und Schinderei herauszuholen. Ihm kann es egal sein, wer zusammenbricht, bleibt liegen, es gibt genug, die arbeiten möchten. Und deshalb müssen wir warnen. Die Frau ist einer doppelten Belastung ausgesetzt, der familiären Pflicht als Mutter und Frau kann sie sich nicht entziehen. In dem Bewußtsein, nur der Familie helfen zu wollen, verschleißt sie alles Belastende und Schmerzliche und nimmt sich nicht die Zeit an sich selbst zu denken. Schon nach kurzer Tätigkeit in der Ziegelei merkt eine Frau die Einwirkungen auf ihren Körper. Leider beachten die Frauen die Gefahr nicht, die ihnen droht. Sie glauben meist an eine funktionelle körperliche Störung, die sich mit der Zeit beheben wird. Ja selbst im Stadium ernstlicher Erkrankung zwingen, ja schleppen sie sich förmlich zur Arbeit, nur um solange als möglich den Arbeitsplatz zu erhalten. Geht es gar nicht mehr, und sie müssen zum Arzt, dann ist es gewöhnlich zu spät. Langjährige, wenn nicht

dauernde Arbeitsunfähigkeit ist die Folge. Das ist nicht nur ein materieller Rückschlag, der niemals durch einen Verdienst aufgehoben werden kann, der Bestand der Familie kann durch Unachtsamkeit für alle Zeiten gefährdet sein. Die hauptsächlichsten Krankheiten, die in letzter Zeit festgestellt wurden, sind: Muskelzerrung, Magenkrankung und Unterleibserkrankung. Es wird Zeit, daß die Wissenschaft die Erkrankungen der Ziegeleiarbeiterinnen mehr beachtet. Eine genaue medizinische Untersuchung und Erforschung der Grundursachen würde sich rechtfertigen. Man betrachtet gewöhnlich das Unwohlsein, jede gesundheitliche Störung der körperlichen Funktion bei der Frau, als etwas Natürliches im Wesen der Frau liegendes. Diese Meinung wird niemals einer exakten klinischen Untersuchung des weiblichen Organismus vor der Annahme der Arbeit und nach mehrmonatiger Tätigkeit standhalten können. Wir finden leider bei den einfachen ärztlichen Untersuchungen keine Folgerung auf die Ursachen. Der Arzt untersucht, stellt die Krankheit fest, richtet seine Behandlung danach ein, glaubt also seine menschliche Pflicht erfüllt zu haben. Doch damit ist den in den Ziegeleien tätigen Frauen nicht geholfen. Ursachenerkennung und Bestimmung der Krankheit sollten beim Arzt Selbstverständlichkeit sein. Nur der Arzt kann den Einfluß der Arbeit auf den weiblichen Organismus erkennen, so die Frauen vor bestimmten Arbeiten in der Ziegelei warnen und sie auf die Folgen aufmerksam machen im Interesse der Volksgesundheit. Wenn in einer Ziegelei sämtliche Frauen infolge schwerer Lebens, Tragens und Überlängens erkrankt sind, wenn durch das unmögliche Arbeitstempo soviel Plätze frei werden, daß dort, wo früher sechs Frauen standen, nur noch drei beschäftigt werden, dann ist es Zeit, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf zu lenken.

Den Frauen ist nicht geholfen, wenn sie alles geduldig hinnehmen, ihnen wird geholfen, wenn sie wissen, daß der Keramische Bund im Fabrikarbeiterverband die betreffende Organisation ist, die den Arbeiterschutz der Frauen vortritt. Deshalb Zieglerkolleginnen, schenkt diesem Verband euer Vertrauen. Keine Phrasen sollen euch betören, ihr verspürt es ja selber am eigenen Leib und könnt bezeugen, daß die Verhältnisse in der Ziegelindustrie einer Änderung bedürfen. Kollegin, die freie Gewerkschaft wacht über deine Gesundheit. Hans Ludwig Eisenberg i. Th.

Man kurbelt

Anfang Oktober dieses Jahres trat die Betriebsleitung der Alsenschen Zementwerke in Itzehoe und Lägerdorf an den Betriebsrat heran und teilte diesem mit, daß sie die Absicht habe, die Arbeitszeit von wöchentlich 56 Stunden im kontinuierlichen Betrieb auf 42 Stunden und im übrigen von 48 Stunden auf 40 Stunden zu verkürzen. Durch diese Maßnahme sollten 60 Leute ausgestellt werden. Die Arbeiterschaft mußte damals eine Verkürzung der Arbeitszeit ablehnen, weil in Verbindung damit ein Verdienstausfall gekommen wäre, der bei einem Stundenlohn von 56 Pf. untragbar war. Außerdem erschien die Absicht der Firma recht zweifelhaft. Immerhin löste das Vorhaben, 60 Leute einzustellen, in der Öffentlichkeit den Glauben an einen wirtschaftlichen Aufstieg aus. Der bekannte Silberstreifen am Horizont leuchtete wieder einmal auf, obwohl um die gleiche Zeit bereits ein Antrag auf Stilllegung der Breitenberger Zementfabrik und Entlassung von 180 Arbeitern vorlag. Und jetzt, nach kaum 3 Wochen, erhalten wir die Nachricht, daß auch die Alsenschen Zementwerke stillgelegt werden sollen. Also am 4. Oktober sollten 60 Leute eingestellt werden, und am 20. Oktober Antrag auf Stilllegung. So wird heute angekurbelt. Wundert man sich da noch, wenn die Arbeiterschaft von Schiebung spricht? Wie in diesem Falle, steht's in zahlreichen anderen Fällen. Man hört im Abend-

bericht des Rundfunks und liest in den amtlichen Bekanntmachungen in der Presse nur von den Hunderttausenden, die durch die Ankurbelung der Wirtschaft wieder eingestellt worden seien. Man erfährt von der offiziellen Seite nur nicht, wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen jeden Tag entweder durch Stilllegung von Betrieben oder Entlassungen arbeitslos werden. Die Arbeiterschaft hungert, darbt und treibt der Verzweiflung entgegen. — der Wirtschaft und uns Menschen droht die Katastrophe. Die Regierung aber kurbelt.

Ueber die Beschäftigungslage in der Zementindustrie liegen uns weitere folgende Mitteilungen vor:
Im Oktober d. J. ging der Zementabsatz auf 246 000 Tonnen gegenüber 283 000 Tonnen im September = 13 Prozent zurück. Der Rückgang gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres, der 16,5 Prozent betrug, ist somit etwas geringer. Der Absatz betrug im September 1931 313 000 und im Oktober 1931 287 000 Tonnen und lag damit der Menge nach gut 16 Prozent über dem Absatz dieses Jahres.
Die Portland-Zementfabrik Karlstadt am Main wird voraussichtlich 80-90 Arbeiter entlassen, da auch das Bergwerk jenseits des Mains stillgelegt werden wird. Man tröstet sich auf die voraussichtlich (?) im Frühjahr des nächsten Jahres einsetzende Bankonjunktur.
In der Oberschlesischen Zementindustrie wird jetzt auch noch das Werk Oppeln-Hafon stillgelegt. Dann arbeitet von sämtlichen Oberschlesischen Zementwerken nur noch das Werk Stadt Oppeln.
Das Zementwerk Anneliese in Ennigerloh will wiederum seine Pforten schließen, womit 80-100 Arbeiter zur Entlassung kommen.
Auch beim Dyckerhoff-Wicking-Konzern sind beim Werk in Amönburg und dem Werk in Neuwied erhebliche Betriebs Einschränkungen vorgenommen worden.
Die der Regierung freundlich gesinnten Handelskammern und Nachrichtenbüros be-



